

II-13184 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6398/13

1994-04-07

ANFRAGE

der Abgeordneten Kraft, Hofer, Freund
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die Zollbeamten im Innviertel

Vor allem seit erfolgreicher Beendigung der EU-Beitrittsverhandlungen macht sich in den Reihen der Zollbeamten des Innviertels Unruhe breit. 45 Zollbeamte und weitere 50 Zollvertragsbedienstete sehen durch die Beseitigung der Grenzformalitäten im Rahmen eines EU-Beitritt Österreichs ihren derzeitigen Arbeitsplatz gefährdet.

Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

- 1) Welche Maßnahmen werden seitens des Ministeriums getroffen, um den Zollbeamten und Zollvertragsbediensteten bei einem allfälligen EU-Beitritt eine adäquate Anstellung zu garantieren?
- 2) Wird bei den angestellten Überlegungen auch die Überleitung in eine andere Bundes- bzw. Landesdienststelle in Kalkül gezogen?
- 3) Wenn ja, wie könnte sich eine derartige Regelung konkretisieren?
- 4) Wenn nein, welche anderen Möglichkeiten bestehen, um die 40 Zollbeamten und 50 Zollvertragsbediensteten vor der drohenden Arbeitslosigkeit zu schützen?